



# **Antikriegstag 1. September 2017**

**Kundgebung, Demonstration,**

**Donnerstag, 1. September, 17.30h Rathausplatz**

**Es reden: Ginger Edwards Menz, Friedensforum, Werner Siebler, Vorsitzender DGB Stadtverband Freiburg, Pfarrer Michael Philippi, ev. Kirche ACK,**

**Musik: Benny Feldmann**

## **Verantwortung für Frieden in der Welt übernehmen, Für Dialog und Entspannung, Völkerrecht stärken!**

Am 1. September 1939 überfielen Hitlertruppen Polen und lösten den 2. Weltkrieg aus. Seit 1957 ist er als Antikriegstag ein Tag der Erinnerung, der Mahnung und des Strebens nach Frieden. Das Friedensgebot ist nicht umsonst im Grundgesetz festgelegt worden. „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg“, lautete das Vermächtnis der Überlebenden der NS Diktatur. Aber: Die Bundesregierung setzt heute mehr denn je auf Aufrüstung und Kriegseinsätze und weniger auf friedliche Lösung internationaler Konflikte („mehr Macht, mehr Verantwortung“). Verantwortung sieht jedoch anders aus. Vom US - Militärstützpunkt Ramstein werden völkerrechtswidrig Drohnen in Zielgebiete überall in der Welt geleitet. Von Deutschland geht wieder Krieg aus. Wir haben so viel Kriege wie nie zuvor. Die BRD ist weltweit an 17 militärischen Interventionen beteiligt. Unter Druck der USA soll die militärische Aufrüstung um viele Milliarden Euro intensiviert werden. Nationalistische, kriegsgerische und protektionistische Töne bestimmen die US-Politik unter Trump. Internationale Verträge werden gekündigt.

Die Rechtsentwicklung und das Wiederaufleben neonazistischer Gruppen in Europa, auch bei uns, sind Folgen einer widersprüchlichen Politik von Parteien, sowie wirtschaftlicher und finanzieller Krisen in Europa. Diesen gilt es entgegenzutreten mit Aufklärung und gewaltfreien Widerstand.

Die Militarisierung nach Innen zeigt sich im Werbefeldzug der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen, Berufsberatung, bei Ausbildungs- und Jobmessen. Über 3000 Minderjährige hat die Bundeswehr rekrutiert.

In Büchel befinden sich US-amerikanische Atomwaffen, deren Einsatz von deutschen Tornados aus geübt wird. USA und Russland modernisieren ihre Atomwaffen. Hiroshima und Nakasaki mahnen uns alle.

Der Nordkorea USA Konflikt um die nordkoreanischen Atomwaffen droht zu eskalieren. Die Androhung der USA Atomwaffen einzusetzen und das ständige Säbelrasseln beider Seiten bedrohen den Weltfrieden.

Der Ukraine Konflikt ist ungelöst und bedroht den Frieden in Europa. Die Manöver der NATO in Osteuropa tragen nicht zur Entspannung bei. Es bedarf einer europäischen Friedenslösung, die auf Gewalt verzichtet.

Folgen militärischer Konfliktlösungen: weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen, Dürre, ökologischen Katastrophen, Unterdrückung, Hunger, Krankheit. Deutschland und Europa sind dafür mitverantwortlich. Mit der Festung Europa wird das Mittelmeer noch mehr zum Grab für tausende Menschen. Andere darben eingesperrt in Elendslagern in Libyen. Die Solidarität mit Geflüchteten ist uns besonders wichtig. Eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Menschlichkeit entsteht dort, wo Menschen für Flüchtlinge eintreten.

**Wir verlangen von der Bundesregierung:**

- **Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen,**
- **Reduzierung des Rüstungsetats zugunsten von Sozialem, Bildung, Gesundheit, Wohnen.**
- **Stopp der Rüstungsexporte, durch Rüstungskonzerne, keine Vergabe von Lizenzen zum Bau von Waffen und Rüstungsgütern.**
- **Ächtung von Kampfdrohnen**
- **Öffnung der EU-Außengrenze für Flüchtlinge und legale Fluchtwege**
- **Unterzeichnung des UNO-Vertrages zum Verbot von Atomwaffen durch die BRD, Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel/Pfalz**
- **Bekämpfung neonazistischer Parteien und Organisationen**
- **Schaffung legaler Fluchtwege**
- **Einstellung der Beteiligung an NATO Manövern an den Grenzen Russlands**
- **Ende der Sanktionen gegen Russland**

**Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa und in der Welt. Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und fairen Handel.**

**Den Aufruf unterstützt: Freiburger Friedensforum, Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK), DGB Stadtverband Freiburg, Rüstungsinformationsbüro Freiburg (RIB), Evangelische Kirche in Freiburg, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Freiburg (ACK), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen/Antifaschisten,(VVN-BdA).**

**ViSdP: Freiburger Friedensforum, Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg, Max Heinke**